

Raimund Feld

Schweden: Vom „Dritten Weg“ der achtziger Jahre zur „globalisierten Sozialdemokratie“ des 21. Jahrhunderts?

„Schweden war ein Land, in dem alte Risse immer breiter wurden und ständig neue entstanden. Ein Land, in dem unsichtbare Sperrn die immer kleiner werdenden Gruppen umgaben, die abgesichert waren. Hohe Mauern hielten die fern, die in den kalten Grenzbereichen lebten: die Ausgegrenzten, die Drogenabhängigen, die Arbeitslosen.“ (Mankell 1998: 445)

Unverkennbar Kurt Wallander. Der inzwischen dank des Erfolgs von *Die fünfte Frau* auch im deutschen Sprachraum bekannte Kommissar aus Ystad ist der Protagonist der erfolgreichsten schwedischen Kriminalromane der neunziger Jahre. Von den ersten acht Büchern der Reihe wurden über drei Millionen Exemplare verkauft – und das in einem kleinen Land (knapp 9 Millionen Einwohner) mit zahllosen gut ausgestatteten Büchereien. Die Vermutung, dass Wallanders düstre Gedanken durchaus repräsentativ für die Stimmung im Land sein könnten, liegt somit nahe. Ein verkaufter Mankell-Krimi ist bisweilen nichts anderes als ein ungeliebtes Geschenk, wie Jonas Gardell in seinem jüngsten Roman deutlich macht (Gardell 1998: 67). Dieser wiederum ist laut Klappentext eine „Darstellung Schwedens vor der Jahrtausendwende“ und auch dort treffen wir auf fehlende Perspektiven, vages Unbehagen und Begriffslosigkeit angesichts einer Welt, die sich auf eine für die einzelnen unfaßbaren Weise zu ihrem Nachteil verändert. In eine ähnliche Richtung weisen schließlich Äußerungen von Rudolf Meidner, als Ökonom des Gewerkschaftsbundes LO einer der Urheber und Namensgeber des „Rehn-Meidner-Modells“ (s.u.). In einem Interview brachte er Ende der 90er Jahre die Befürchtung zum Ausdruck, dass die schwedische Gesellschaft zwanzig Jahre oder mehr benötigen wird, um wieder an dem anknüpfen zu können, was in den 70ern und 80ern erreicht wurde (Meidner 1998).

Im folgenden wird versucht, die Entwicklung der vergangenen zwanzig Jahre nachzuzeichnen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Wandel der schwedischen Sozialdemokratie, die dem Land nachhaltig ihren Stempel aufgedrückt hat. Der Zeitraum reicht in etwa von der Rückkehr der Sozialdemokraten (Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti – SAP) in die Regierung im Jahr 1982 bis zur Gegenwart. Inhaltlich geht es vor allem um die Übernahme neo-

liberalen Gedankenguts durch die wichtigste politische Organisation der schwedischen Linken. Daher stehen diskursive und programmatische Verschiebungen im Vordergrund. Die durchgeführte Politik wird in so weit in die Analyse einbezogen, wie die angedeuteten Verschiebungen darin ihren Ausdruck finden.

Diese Schwerpunktsetzung bedeutet keineswegs, dass die Bedeutung „externer“ Faktoren, bzw. des internationalen Umfelds, gelehnet werden soll (vgl. dazu etwa Ryner 1998, Wilks 1996). Mutatis mutandis gilt dies auch für zwei weitere, hier weitgehend ausgeklammerte Fragenkomplexe: die eher qualitative Dimension des schwedischen Wohlfahrtsregimes – Stichwort: „immer stärker bürokratisch gesteuerte und hierarchische“ Institutionen (Lindberg 1999: 109) – und die geschlechtsspezifische Ausprägung seiner Entwicklung und Krise (Gonäs 1998).

Es begann in Saltsjöbaden

Die Vorgeschichte und Blütezeit des „schwedischen Modells“ kann hier nur gestreift werden (ausführlicher dazu Milner 1989). Als Ausgangspunkt eines kurzen Rückblicks bietet sich Saltsjöbaden an, ein kleiner Ort an der Küste in der Nähe von Stockholm. Dort unterzeichneten am 20. Dezember 1938 VertreterInnen der Großorganisationen von Kapital (SAF: Svenska Arbetsgivareföreningen) und Lohnarbeit (LO: Landsorganisationen – Industriegewerkschaften) eine später auf den Dienstleistungssektor ausgeweitete Vereinbarung, die die schwedischen Arbeitsbeziehungen für die nächsten vierzig Jahre prägte. Kernbestandteile waren zentrale Tarifverhandlungen, bindende Über Einkünfte und Tarifautonomie. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde diese Konstellation durch das „Rehn-Meidner-Modell“ ergänzt. Dabei handelte es sich um einen nach den LO-Ökonomen Gösta Rehn und Rudolf Meidner benannte Konzeption, die in erster Linie dafür sorgen sollte, dass die Löhne in den produktivsten (der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgesetzten) Sektoren über eine korporatistische Struktur die Lohnhöhe insgesamt bestimmen. Damit setzte sie „Betriebe unter Druck, den industriellen Wandel zu beschleunigen, begünstigte eine solidarische Lohnpolitik und förderte nicht-konfliktorische industrielle Beziehungen“ (Greider 1994: 192).

Für die breite Öffentlichkeit hatte der Ausdruck „schwedisches Modell“ eine umfassendere Bedeutung. Die Ausweitung der staatlich¹ erbrachten Sozialleistungen und die umfassende Akzeptanz des Gleichheitsgedankens führten dazu, dass das Land nicht nur als einzigartige – und erfolgreiche – Kombination einer effizienten kapitalistischen Wirtschaft mit einer politisch hegemonialen Sozialdemokratie angesehen wurde. Seine Kombination aus einem „export-

1 Staatlich im weiten Sinne, also unter Einbeziehung der Gebietskörperschaften. Zur Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Ebenen vgl. von Otter (1999: 89f).

orientierten Privatsektor, vielfältigen öffentlichen Sozialleistungen, einer Beschränkung der Lohnentwicklung durch zentrale Verhandlungen, selektiven Interventionen des Staates auf dem Arbeitsmarkt und einer Fiskalpolitik, die Anreize für die produktive Reinvestition der Unternehmensgewinne im Land beinhaltete“ (Pontusson 1996: 77) führte sowohl schwedische als auch ausländische BeobachterInnen dazu, dem „Volksheim“ auch eine ethische Dimension zuzuschreiben. Diese Dimension unterscheidet das schwedische Modell von derzeit aktuellen „Modellen“ wie dem niederländischen „Poldermodell“; an ihr setzt aber auch die (im Lauf der 80er Jahre immer stärker gewordene) Kritik an, wenn etwa die „Bevormundung“ durch „Sozialingenieure“ beklagt wird.

Die Ausweitung der öffentlich erbrachten Sozialleistungen setzte eine zweigleisige Entwicklung in Gang, die einen wichtigen Aspekt des schwedischen „Sonderwegs“ bildet. Zum einen wurde die Sozialstruktur verändert: die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor, die wohlfahrtsstaatliche Leistungen erbrachten, nahm zu, und die Beschäftigten in den Sektoren, die für den Weltmarkt produzierten, gerieten in die Minderheit. Zum anderen wurden die meisten der neuen Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor von Frauen besetzt. Infolgedessen nahm (und nimmt) Schweden in bezug auf die Erwerbsbevölkerung insofern eine Sonderstellung ein, als dass auch die Frauen zu über 80% erwerbstätig waren. Gleichzeitig wies die Beschäftigungsstruktur eine ausgeprägte Segregation auf. Frauen arbeiteten in der Regel in sozialen Berufen, gleichzeitig wurden Sozialleistungen wie Kinderbetreuung usw. eingerichtet, um ihre Teilnahme am Erwerbsleben sicherzustellen. Die Stellen in der Kinderbetreuung und ähnlichen Bereichen wurden dann vor allem mit weiblichen Arbeitskräften besetzt.

Die meisten Aspekte des schwedischen Wohlfahrtsstaates sind in der jüngsten Vergangenheit ins Schußfeld der Kritik geraten. Den staatlichen Sozialleistungen werden negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und/oder die Zivilgesellschaft nachgesagt. Die Schwerpunktsetzung auf der Beschäftigung wird als Ausfluß einer eindimensionalen technokratischen Konzeption angesehen, die ihren deutlichsten – und negativsten – Ausdruck in der Bevormundung durch „Sozialingenieure“ fand und gleichzeitig Frauen zu eher untergeordneten Tätigkeiten in den Sozial- und Pflegeberufen verurteilte. Gegen das Streben nach mehr Gleichheit wurde schließlich eingewandt, dass dies individuelle Fähigkeiten unterdrücke und die gerechte Be- (bzw. Ent-)lohnung von Leistung verhindere.

Die meisten dieser Einwände sind für ein deutsches Publikum nichts grundlegend Neues. Nicht alle werden ausschließlich von neoliberaler Seite vorgebracht (Koch 1999: 93). Einige von ihnen fanden Eingang in den Diskurs der Linken, insbesondere den der Sozialdemokratie. Der Beginn dieser Entwicklung setzte schon in den frühen achtziger Jahren ein.

Die Suche nach einem neuen Weg

Als Ausgangspunkt bietet sich das Jahr 1982 an. In den Vorjahren hatten sich in der SAP Zweifel an der Tragfähigkeit der wirtschaftlichen und politischen Strategie gehäuft. Erstmals seit 1932 kam es 1976 zu einer Mehrheit für die Mitte-Rechts-Parteien und ein nicht der SAP angehörender Premierminister bildete die Regierung. Auch nach den Wahlen des Jahres 1979 behielten die Mitte-Rechts-Parteien die Mehrheit. Trotz – oder eher wegen – einiger Spannungen zwischen ihnen stellten die unterschiedlichen Koalitionsregierungen die grundlegenden Merkmale des schwedischen Modells nicht in Frage, so dass rund 20 Jahre und eine „echte“ Wende später ein damals Beteiligter, der ehemalige Handelsminister Burenstam Linder, erklärte, dass „die Zeit von 1976 bis 1982 in bezug auf den Versuch, Schweden auf den richtigen Weg zu bringen, keine glorreiche Periode darstellte“ (Sverenius 1999: 286). Die „Institutionalisierung der Vollbeschäftigungsstrategien in der Wachstums- und Beschäftigungspolitik behielt ihren hohen Stellenwert“ (Benner 1997: 148). Ähnlich verhielt es sich in bezug auf die Sozialpolitik. Gleichzeitig wurden jedoch in diesem Zeitraum Stimmen laut, die auf eine bis dato unbekannte Weise Kritik am Wohlfahrtsstaat übten. Auf internationaler Ebene lag dieser ebenfalls unter Beschuß. Die OECD rief 1981 eine Finanz- und Legitimationskrise des Wohlfahrtsstaates aus; und kurz zuvor waren Reagan und Thatcher gewählt worden.

Als die SAP nach den Parlamentswahlen des Jahres 1982 erneut die Regierung übernahm, stand Schweden vor einem Neubeginn, und die gewählte Politik wurde als „Dritter Weg“ bezeichnet. Dieser bezeichnete einen „Kurs zwischen dem Monetarismus Thatchers und der keynesianischen Politik, die anfänglich von der ersten Regierung unter Mitterrand verfolgt wurde“ (Mahon 1999: 135). Wirtschaftspolitisch wurde eine niedrige Inflationsrate angestrebt, die durch Lohnzurückhaltung erreicht werden sollte (Feldt 1991: 330).

Der „Dritte Weg“: Vom Boom zur Pleite

Die Mitte-Rechts-Regierungen hatten große Anstrengungen unternommen, um die Schließung von Unternehmen beispielsweise der Eisen- und Stahlindustrie und Werften zu verhindern. Auf diese Weise war die Anpassung der schwedischen Wirtschaft an die neuen Bedingungen auf dem Weltmarkt verzögert worden. Im Mittelpunkt der Politik der SAP nach 1982 stand die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Exportsektors. Die erste größere Entscheidung der neuen Regierung beinhaltete eine Abwertung der Krone um 16%. „Beabsichtigt wurde eine Reallokation der Ressourcen der auf den Binnenmarkt gerichteten Betriebe und Sektoren – einschließlich des staatlichen Sektors – auf die Exportunternehmen“ (Benner 1997: 153). Die Regierung verließ sich darauf, dass die Gewerkschaften ihre Mitglieder trotz schwinden-

der Kaufkraft – die Reallöhne gingen in den achtziger Jahren leicht zurück (Sverenius 1999: 258) – im Zaum halten würden. Diese Strategie scheiterte. Die Gewerkschaften waren mit dieser Aufgabe verständlicherweise überfordert, die Produktivität stieg nur langsam (Trautwein 1999: 270) und die Inflation überstieg alle Erwartungen.

Am Ende der achtziger Jahre waren die durch die Abwertung entstandenen Wettbewerbsvorteile der Exportunternehmen verschwunden. Ein Großteil der Schuld wird häufig den Beschäftigten des staatlichen Sektors zugewiesen (alternative Lesart bei Sverenius 1999: 252ff.). Von ihnen wurde erwartet, dass ihre Lohn- und Gehaltsforderungen nicht über denen ihrer KollegInnen im Exportsektor lagen. Während vieles dafür spricht, dass nicht die Mißachtung dieser Spielregeln, sondern vor allem politische Entscheidungen wie die Deregulierung „die Hauptquelle der Inflation bildeten“ (Trautwein 1999: 274), setzte sich auch in der Sozialdemokratie die Auffassung durch, dass die Bekämpfung der Inflation eine Austeritätspolitik erforderlich mache.

Bis es dazu kam, ging jedoch einige Zeit ins Land. Mitte der achtziger Jahre erlebte die schwedische Wirtschaft einen – weitgehend auf der kreditfinanzierten Binnennachfrage beruhenden – Boom, so dass „zum Zeitpunkt der Parlamentswahlen des Jahres 1988 der 'Dritte Weg' äußerst erfolgreich zu sein schien“ (Stephens 1996: 44). Es hatte den Anschein, als widerlege die schwedische Entwicklung alle wirtschaftswissenschaftlichen Lehrmeinungen. Sowohl wissenschaftliche Kommentatoren als auch führende Wirtschaftsblätter waren sich darüber einig, dass dieses Land eigentlich eine tiefe Rezession durchlaufen müßte, tatsächlich aber Eckdaten erzielte, um die es beneidet wurde (Wilks 1996: 92). Die Arbeitslosigkeit, die zwischenzeitlich einen Wert von 3,5% erreicht hatte, war praktisch verschwunden, der schwedische Staat erzielte Haushaltsüberschüsse und die Wirtschaft boomte. Es sah so aus, als sei der Wohlfahrtsstaat nicht nur wettbewerbsfähig, sondern sogar dabei, seine Konkurrenten zu überflügeln.

Während dieses Zeitraums wurden erste Veränderungen der institutionellen Struktur des Staates vorgenommen, die in bezug auf die spätere Entwicklung von Bedeutung sind. Sie betrafen weniger die aus den sechziger und siebziger Jahren stammenden sozialstaatlichen Regelungen als solche: Diese wurden eher konsolidiert als ausgeweitet oder eingeschränkt. Für die Erbringung der Leistungen wurden jedoch neue Mechanismen eingeführt. Die meisten Schlagzeilen machte der erste privat betriebene – und „vom Großkapital finanzierte“ (Olsson 1993: 268) – Kindergarten. In einigen Dienststellen wurden eine leistungs- bzw. outputbezogene Bezahlung eingeführt, und es wurden Versuche mit der Einführung von „service management“ unternommen. Obwohl diese und ähnliche Innovationen örtlich bzw. in bezug auf die betroffenen Einrichtungen sehr begrenzt blieben, stellten sie einen bedeutungsvollen Bruch mit der Tradition dar.

Die Neuerungen beschränkten sich nicht auf die Erbringung von Sozialleistungen. In der Opposition sah die SAP in staatlichen Unternehmen „ein Instrument, das die schwedische Industrie stimulieren kann“ (Benner 1997: 159). Kurze Zeit später – die SAP bildete inzwischen die Regierung – erklärte der Finanzminister, dass die Mehrzahl der staatlichen Unternehmen nicht im öffentlichen Sektor verbleiben solle (ebd.). Nun war das staatliche Eigentum an Industriebetrieben innerhalb der SAP nie sonderlich populär. Anders sah es jedoch in bezug auf die staatlichen Einrichtungen aus, die für bestimmte Bereiche der Infrastruktur zuständig waren. Auch in diesem Bereich waren jedoch erste Abweichungen von der Tradition zu verzeichnen: Märkte wurden (teilweise) geöffnet, und einige dieser Einrichtungen wurden in Unternehmen umgewandelt. Diese blieben zunächst staatliches Eigentum. Ihr rechtlicher Status bedeutete jedoch, dass das Tor zur späteren Privatisierung weit offenstand. Vor deren Durchführung – am geeignetsten hierfür war die Notierung an der Börse und der allmähliche Verkauf der Anteile – stand die „Rentabilisierung“ der Betriebe. Damit wurde häufig eine neue Unternehmensleitung beauftragt, der vorgegeben – und nicht etwa bloß gestattet – wurde, den Betrieb nach privatwirtschaftlichen Kriterien zu führen.

Der Grundstein für diese Entwicklung wurde also Anfang der achtziger Jahre gelegt. Sozialdemokratische Ökonomen, allen voran der spätere (1982) Finanzminister Kjell-Olof Feldt, forderten eine strategische Neuorientierung, in deren Mittelpunkt „eine weniger bedeutende Rolle des Staates und eine marktorientierte Umstrukturierung der Industrie“ (Benner 1997: 145) stehen sollten. Während sich solche Vorschläge auf der Ebene der *policy* nicht unmittelbar durchsetzen konnten, deutete die Tatsache, dass sie von einflussreichen Gruppen innerhalb der SAP vorgetragen wurden, darauf hin, dass alte Gewißheiten nicht mehr zählten.

Die sozialdemokratische Hegemonie gerät ins Wanken

Auch wenn bezweifelt wurde, dass es jemals eine sozialdemokratische Hegemonie in Schweden gab (Åmark 1988: 57), kann kaum bestritten werden, dass die in 44 Jahren ununterbrochener sozialdemokratischer Regierung gesetzten Rahmenbedingungen nicht in Frage gestellt wurden, als 1976 eine Mitte-Rechts-Regierung die Geschäfte übernahm. Im großen und ganzen ging das schwedische Modell aus diesem sechsjährigen Zwischenspiel unbeschädigt hervor. Im übrigen hatte die Arbeiterbewegung – dieser Ausdruck bezeichnet hier im Einklang mit schwedischem Usus SAP und LO – frühzeitig darauf verzichtet, das Recht der Unternehmensleitung zur Gestaltung der innerbetrieblichen Abläufe in Frage zu stellen. Die LO beschränkte sich auf die Vertretung ihrer Mitglieder in deren Eigenschaft als Lohnempfänger, und die SAP versagte sich Interventionen, wie sie in sehr viel weniger „sozialistischen“

Ländern wie Italien beispielsweise in bezug auf den Umfang des staatlichen Sektors gang und gäbe waren. Das muß berücksichtigt werden, wenn von Hegemonie gesprochen wird: Insoweit dieser Begriff gerechtfertigt ist, muß er auf die politische Ebene begrenzt werden. Dies steht auch im Einklang mit der Sprachregelung, die sich nach der Veröffentlichung einer Ende der achtziger Jahre durchgeführten großangelegten Untersuchung von „Demokratie und Macht“ in Schweden durchgesetzt hat (Zusammenfassung in Pettersson 1991).

In den achtziger Jahren wurde auch diese begrenzte Hegemonie zumindest auf der Ebene der „Eliten“ in Frage gestellt. Sowohl in politischen Kreisen als auch in wichtigen Medien nahm neoliberales Gedankengut ab 1980/81 einen immer größeren Raum ein (Boréus 1994). In der öffentlichen Diskussion drückte sich dies beispielsweise in der weitgehenden Akzeptanz von Termini wie „Steuerlast“ (Feldt 1991: 195; Koch 1999: 123) und der Aufgabe der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie aus. Diese nicht nur in Schweden zu konstatierende Verschiebung ist bisweilen auf die intellektuelle Überlegenheit des – inzwischen aber durch den Gegensatz zwischen Marktfundamentalisten und Konservativen geschwächten – neoliberalen Diskurses über die traditionelle Sozialdemokratie zurückgeführt worden (Giddens 1998: 15). Hierzu ist zweierlei zu bemerken: In Schweden hat es diesen einheitlichen neoliberalen Diskurs nie gegeben; vielmehr gab (und gibt) es mehrere auch organisatorisch getrennte Diskurse auf der politischen Rechten, wobei der neoliberale Diskurs kaum (wert)konservative Elemente aufweist (Boréus 1994: 128). Zum anderen muß bezweifelt werden, dass es sinnvoll ist, in diesem Zusammenhang das Kriterium der intellektuellen Überlegenheit anzuwenden:

„Der Neoliberalismus ist eine Ideologie. Ihm liegt keine homogene ökonomische oder politische Theorie zugrunde. Es gibt unterschiedliche Tendenzen. Gemeinsam ist ihnen aber die neoliberale Rhetorik, die sich unter anderem gegen die Vorstellung richtet, dass ein Zusammenwirken von Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat möglich ist“ (Israel/Hermansson 1996: 100).

Insofern scheint es plausibel, die Verschiebung ursächlich mit einer Kampagne in Verbindung zu bringen, die 1980 vom SAF initiiert und unter seiner Federführung von einem weitverzweigten Netzwerk durchgeführt wurde und wird (Boréus 1994: 124; Koch 1999: 32ff.). Dabei konnten enorme Ressourcen eingesetzt werden, da der SAF „über größere Einnahmen verfügte als die deutschen, die französischen und die italienischen Arbeitgeberorganisationen zusammen“ (Koch 1999: 135). Diese Kampagne zeigte Wirkung auf die Führung sowohl der LO als auch der SAP. Deutlich wurde dies etwa in der Umwertung des Begriffs der Gleichheit, der ein zentrales Element des sozialdemokratischen Diskurses bildet und dort traditionell auf eine Gleichheit auf der Ebene der Ergebnisse abstellte. Dagegen ist „die Art der Gleichheit, die einem neoliberalen Gedankensystem Konsistenz verleiht, die Chancengleichheit“ (Boréus 1994: 290). In der ersten Bedeutung war der Begriff noch in

den siebziger Jahren auch von VertreterInnen des Kapitals verwendet worden (Boréus 1994: 292). Inzwischen kennt aber auch der sozialdemokratische Diskurs eine neue, individualistisch ausgerichtete Sprachregelung:

„Bis vor kurzem lag der Schwerpunkt auf der Umverteilung von Einkommen ... Es hat jedoch den Anschein, als verschiebe er sich in den neunziger Jahren auf die 'Umverteilung von Chancen' ... In dieser Verschiebung der Schwerpunktsetzung kommt der soziale Wandel zum Ausdruck. Gleichheit ist heute nicht mehr nur eine wirtschaftliche Frage, sondern eine Frage der Kompetenzen. Infolgedessen treten 'Ausbildung' und 'Informationstechnologie' allmählich an die Stelle der Systeme der sozialen Sicherheit und werden zu den wichtigsten Fragen für eine politische Partei, deren Programm die Forderung nach Gleichheit enthält“ (Lindgren 1998: 89).

In einigen Bereichen stieß die neoliberale Offensive jedoch an ihre Grenzen. So wurde die Unterscheidung zwischen „nährendem“ (privatwirtschaftlichem) und „zehrendem“ (staatlichen) Sektor mit ihren negativen Konnotationen etwa für Angehörige der Pflegeberufe im öffentlichen Dienst, die quasi als Parasiten dargestellt wurden, von der Öffentlichkeit nicht akzeptiert, und immer wieder konnte in der Meinungsforschung belegt werden, dass eine „kollektive“ Sozialpolitik von der überwiegenden Mehrheit der Befragten befürwortet wird – meist sogar dann, wenn dafür höhere Steuern gezahlt werden müssen (Svallfors 1999: 25f.). Insofern dürfte es übertrieben sein, von einer neoliberalen Hegemonie zu sprechen, wobei Ausnahmen, wie der wirtschaftswissenschaftliche Diskurs, die Regel bestätigen. Demgegenüber ist unbestreitbar, dass neoliberales Gedankengut in die Argumentation der Arbeiterbewegung und insbesondere der SAP Eingang fand. Parallel hierzu machten sich Spannungen im Verhältnis zwischen den beiden wichtigsten Organisationen der Bewegung fühlbar.

„Höre auf die Bewegung“: Dies ist vielleicht der bekannteste Ausspruch des langjährigen (1946-69) Premierministers Tage Erlander. Diese Formulierung bringt mit aller Prägnanz zum Ausdruck, wie (nicht nur) Erlander sich das Verhältnis von SAP und LO vorstellte. Seine Vorstellung hatte im übrigen eine recht handfeste materielle Verankerung. Die Mitglieder der LO waren kollektiv als Mitglieder der SAP angeschlossen (es gab allerdings die Möglichkeit, dies mit einer Austrittserklärung zu umgehen). Die Kollektivmitgliedschaft wurde 1991 abgeschafft; Organisationen können jedoch weiterhin beschließen, der SAP beizutreten. Dies geschieht häufig, und es ist wahrscheinlich, „dass die ökonomischen und strukturellen Verbindungen zwischen der SAP und der LO fort dauern werden“ (Bäck/ Möller 1992:101). Die Abschaffung der Kollektivmitgliedschaft erfolgte im übrigen zu einem Zeitpunkt, als es zunehmend zu Spannungen im Verhältnis zwischen den beiden Organisationen kam. In den achtziger Jahren und zu Beginn der neunziger kühlte das Verhältnis merklich ab, und zwei Ereignisse von symbolischer Bedeutung machten zweierlei deutlich: Zum einen war es schwierig geworden, sich auf *eine* Bewegung zu beziehen. Zum anderen hatte die Parteiführung der Sozialdemokraten Erlanders Mahnung weitgehend zu den Akten gelegt.

LO und SAP: von der Einigkeit zum modus vivendi

Als die Mitte-Rechts-Regierung von Carl Bildt (1991-94) die Wiedereinführung eines Karenztags beschloß, kündigte die SAP an, dass sie diese Maßnahme im Falle einer erneuten Übernahme der Regierungsverantwortung rückgängig machen werde. Die symbolische Bedeutung dieser Frage erhellt aus ihrer Vorgeschichte. Ein Anfang der achtziger Jahre von einer Mitte-Rechts-Regierung vorgelegter Vorschlag zur Erhöhung der Zahl der Karenztage hatte einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Es kam zu wilden Streiks, die Gewerkschaften riefen zu Demonstrationen auf, und Olof Palme schloß sich dem Standpunkt der Gewerkschaften an. Da argumentiert worden war, die Karenztage seien mit der Selbstbeteiligung bei der Kfz-Haftpflichtversicherung vergleichbar, brachte er seine Entrüstung darüber zum Ausdruck, dass Menschen mit Autos gleichgestellt werden sollten (Svallfors 1996: 161f.). Etwa 10 Jahre später – im Dezember 1992 – wurde dann von der Bildt-Regierung ein Karenztag eingeführt. Diese Regelung behielt auch unter der 1994 angetretenen sozialdemokratischen Regierung ihre Gültigkeit, obwohl die SAP in der Opposition ihre Rücknahme versprochen hatte. Bemerkenswert ist jedoch weniger dieser Wortbruch als die Tatsache, dass die SAP diesmal die Gewerkschaften völlig übergang. Die Frage der Menschenwürde wurde nicht thematisiert. Es zählten nur noch haushaltspolitische Erwägungen (Svallfors 1996: 165) – trotz der über 500.000 UnterzeichnerInnen einer Unterschriftensammlung der LO gegen die Einführung von Karenztagen (Malm 1994: 219). Die Spannungen zwischen der SAP und der LO fanden einen dramatischen Höhepunkt auf einem Parteitag der SAP, der 1993 in Göteborg stattfand. Nach der Annahme einer Vorlage, die sich sehr kritisch mit der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik auseinandersetzte, legte eine dem rechten Parteiflügel angehörende Gruppe – möglicherweise „mit Wurzeln in der Parteiführung“ (Malm 1994: 228) – einen Änderungsantrag vor, in dem Ausgabenkürzungen und höhere Selbstbeteiligungen z.B. im Gesundheitswesen vorgeschlagen wurden. Das brachte für den LO-Vorsitzenden das Faß zum Überlaufen: Er drohte mit seinem Rücktritt. Da ein Kompromiß gefunden wurde, mußte er seine Drohung nicht wahrmachen – aber allein dass er sich gezwungen sah, sie auszusprechen, um die Parteiführung dazu zu bringen, „auf die Bewegung zu hören“, zeigt, wie ernst die Lage war. Im übrigen wurde die im genannten Änderungsantrag skizzierte Politik später fast unverändert in die Praxis umgesetzt – von einer sozialdemokratischen Regierung.

Selbstverständlich hatte es auch schon früher Konflikte zwischen Partei und Gewerkschaft gegeben (Peterson 1999: 648ff.), und trotz der genannten sowie anderer Spannungen in jüngster Zeit (vgl. Mahon 1999: 158; Fenner 1998: 390) ist ein offener Bruch nicht zu erwarten. Dies hat seinen Grund nicht nur in den emotionalen und geschichtlichen Bindungen zwischen beiden

Organisationen, sondern auch darin, dass sie in gewisser Weise aufeinander angewiesen sind, wenn sie den Erwartungen von Mitgliedern und WählerInnen entsprechen wollen. Bei der Regierungsbildung scheint die Berücksichtigung prominenter GewerkschafterInnen trotz aller Spannungen weiterhin selbstverständlich zu sein (Peterson 1999: 621).

Der unwiderstehliche Aufstieg des Finanzministeriums

Parallel zum Verlust des Gewichts, das die LO auf die politische Waage brachte, nahm die Bedeutung eines anderen Akteurs zu. Laut Stig Malm, der im fraglichen Zeitraum an der Spitze der LO stand, begann die Verschiebung nach dem Tod Olof Palmes. „In den folgenden Jahren fand ein grundlegender Kurswechsel der Wirtschaftspolitik statt, ohne dass die entscheidungsberechtigten Parteigremien daran beteiligt gewesen wären“ (Malm 1994: 179). Als wichtigsten Akteur dieser Politik sieht er das Finanzministerium, das im Schweden der Nachkriegszeit – anders als in der Mehrzahl der OECD-Länder – keinem der „Sozialpartner“ eine bevorrechtigte Stellung eingeräumt hatte (Ryner 1998: 32). Dies sollte sich ändern. Fraglich ist aber, ob es gerechtfertigt ist, mit Malm – der im fraglichen Zeitraum dem SAP-Vorstand angehörte – den Beginn dieser „Wende“ auf die Mitte der achtziger Jahre zu datieren, um so mehr, als er einräumt, dass in der Deregulierung des Kreditwesens im Jahr 1985 bereits die zunehmende Bedeutung des Finanzministeriums zum Ausdruck kam. Mindestens ebenso plausibel wäre 1982, als nach der Rückkehr der SAP in die Regierung nicht mehr Gunnar Sträng, sondern der „gelernte“ Ökonom Kjell-Olof Feldt Finanzminister wurde. Der unterschiedliche Werdegang der beiden kann als symptomatisch gelten: Sträng war ein sozialdemokratisches „Urgestein“ und hatte den Weg ins Finanzministerium über die Ochsentour in der Arbeiterbewegung zurückgelegt. Feldt hingegen kam aus dem akademischen Milieu und verhalf diesem zum Durchbruch auf der Ministerialebene: Von 1976 bis 1991 stieg der Anteil der Ökonomen mit Universitätsabschluss in den politisch relevantesten Positionen des Finanzministeriums von 15% auf 50% (Greider 1994: 220).

Zum Zeitpunkt der Deregulierung des Kreditwesens – 21. November 1985, auch als „Novemberrevolution“ bezeichnet – war der Übergang der SAP zu liberale(re)n Positionen bereits weit fortgeschritten. Was die Wirtschafts- und Geldpolitik angeht, so wurde die Marschrichtung weitgehend vom Finanzministerium vorgegeben, ohne die Partei in die Beschlussfassung einzubeziehen – ganz zu schweigen von den LO-Ökonomen, die früher großen Einfluß auf die schwedische Wirtschaftspolitik gehabt hatten. Kurz nach der Regierungsbildung durch die SAP im Jahr 1982 beendeten die Vertreter des Finanzministeriums im Direktorium der Nationalbank ihre Ablehnung der von der Leitung der Bank angestrebten Deregulierung.

Eine umfassende Untersuchung dieser Deregulierung (Svensson 1996) deutet im übrigen darauf hin, dass es sich um alles andere als einen „rationalen“ Prozeß handelte – sofern darunter eine mit Argumenten ausgetragene öffentliche Diskussion verstanden wird, die zu einer Lösung führt, die demokratisch festgelegten Zielen am besten entspricht. Svenssons Darstellung ist eher die einer Machtelite, deren Mitglieder praktisch keine Rechenschaft ablegen müssen und sich vorrangig von VertreterInnen des „Marktes“ beraten lassen. Andere Darstellungen zeichnen sogar das Bild einer Art Verschwörung einer kleinen Gruppe, der es gelang, die von ihr angestrebten Entscheidungen ohne Einbeziehung der Parteiführung der SAP durchzusetzen – von der LO ganz zu schweigen (Elmbrant 1993: 125-29). Dass sich diesbezüglich nicht viel geändert hatte, zeigte die Art und Weise, wie die neue SAP-Regierung 1994 ihre Politik in bezug auf die Verringerung des Haushaltsdefizits definierte. Sie war in einer schwierigen Situation angetreten: Seit Mitte 1990 befand sich die schwedische Wirtschaft in einer tiefen Krise. „Sinkende Exportabsätze und steigende Zinsen reduzierten die Inlandsnachfrage, die Produktion ging zurück und die Arbeitslosigkeit stieg rapide an ... Auch die öffentlichen Haushalte gerieten ... neuerlich ins Defizit“ (Trautwein 1999: 276). Vor diesem Hintergrund erhielt die SAP bei den Parlamentswahlen 45,4% der Stimmen (+ 7,7%) und bildete eine Minderheitsregierung. Finanzminister wurde Göran Persson. Von seinen drei StaatssekretärInnen hatte einer bei der OECD und ein anderer beim IWF gearbeitet. Die dritte hatte diesen Posten bereits im Erziehungsministerium unter dem späteren Finanzminister inne. Auf der ersten Zusammenkunft mit den BeamtInnen des Finanzministeriums akzeptierte das Trio ohne weiteres die Grundzüge der von den „Sachverständigen“ vorgeschlagenen Politik, und Göran Persson erläuterte die vorgeschlagene Verringerung der Staatsverschuldung wie folgt: „Wir müssen das tun. Es gibt keine Alternative“ (Kask 1997: 191). Wieder einmal hatte sich der „wirtschaftswissenschaftliche Sachverstand“ durchgesetzt. Die meisten WählerInnen der SAP wären überrascht gewesen, hätten sie auf die Frage antworten sollen, ob sie dies bei der Stimmabgabe gewollt haben: Analysen ihrer Beweggründe bei den Parlamentswahlen des Jahres 1994 deuten auf das Gegenteil hin (Gilljam/Holmberg 1995: 57; 147).

Der zunehmende Einfluß des Finanzministeriums zeigte sich auch in seiner Möglichkeit, immer stärker die Politik anderer Ministerien und der Gebietskörperschaften zu beeinflussen. Ergebnis war – von Mittelkürzungen abgesehen – der Versuch, den Markt zur Meßlatte für den gesamten öffentlichen Sektor und damit für so unterschiedliche Bereiche wie das Gesundheitswesen, die soziale Sicherheit und die Altenpflege zu machen. Dabei wurde nicht gefragt, „inwieweit die unterschiedlichen Versicherungssysteme eigene Zielsetzungen verfolgen und welche Absichten ihnen zugrunde liegen“ (Hugemark 1994: 112) – entscheidend waren Vergleiche mit einem „effizienten“ Markt. Obwohl die politi-

schen Empfehlungen durchaus eine gewisse Bandbreite aufwiesen, nahmen alle auf einen idealen Markt und rational ihr Interesse verfolgende Individuen Bezug. Sachverhalte wie die grundsätzliche Unvorhersagbarkeit der sozialen Lage, die eine Folge der Unmöglichkeit dieser Individuen ist, im voraus abzuschätzen, welche Leistungen sie im Lauf ihres Lebens in Anspruch nehmen, wurden ignoriert. Dies führte zu einer „beträchtlichen Verschiebung der Macht innerhalb der gesamten Verwaltung, und zwar auf nationaler und auf örtlicher Ebene“ (Hugemark 1994: 153) im Zuge des Interpretationsmonopols der ÖkonomenInnen. Dabei handelte es sich keineswegs um Angehörige der Stockholmer Schule: diese war inzwischen „out“ (Sverenius 1999: 65). Die schwedische Wirtschaftswissenschaft ist durchgängig und sehr viel umfassender als die Gesamtgesellschaft durch monetaristisches bzw. neoliberales Gedankengut geprägt. Deswegen Durchsetzung hatte Ende der siebziger Jahre begonnen und konnte bereits 1983 als abgeschlossen gelten (Hugemark 1994: 69-70).

Nun ist zu fragen, welche Reaktionen diese Entwicklung hervorrief. Auf die Spannungen zwischen LO und der SAP wurde bereits hingewiesen. Darüber hinaus bildeten sich einige Netze und Initiativen, die z.T. sehr erfolgreiche Aktionen und Demonstrationen organisierten, und das Jahr 1996 wurde nicht nur durch eine in den einschlägigen Umfragen festgestellte weitreichende Abwendung der WählerInnen von der SAP gekennzeichnet, sondern auch „durch zahlreiche Demonstrationen der Basis ... die sich schwerpunktmäßig auf die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung bezogen, aber auch eine allgemeinere und eher diffuse Empörung über die Kürzungen der Sozialleistungen und den Stellenabbau unter der sozialdemokratischen Regierung zum Ausdruck brachten“ (Therborn 1997: 25). Die meisten dieser Initiativen gingen von Mitgliedern der SAP aus, die keineswegs beabsichtigten, die Partei öffentlich herauszufordern. Insofern war es nicht überraschend, dass sie allmählich versandeten, insbesondere als die Regierung in Aussicht stellte, dass die Ausgaben für Sozialleistungen ab 1997 wieder aufgestockt würden. Über diese im engeren Sinn politischen Initiativen hinaus ist vor allem in ländlichen Regionen auch eine starke Zunahme von Bürgerbewegungen festzustellen, die z.T. in genossenschaftlicher Form Arbeitslosen Beschäftigung oder Fortbildungsmöglichkeiten bieten (vgl. Starrin/Svensson 1998).

Im übrigen ist ein Rückgang der politischen Aktivität insgesamt festzustellen. Der Anteil der Mitglieder von politischen Parteien ging von Ende der siebziger Jahre bis Mitte der neunziger Jahre von etwa 15% auf ungefähr 10% zurück; in der Altersgruppe von 16-34 Jahren wurde er sogar halbiert (SCB 1997: 327). In bezug auf die SAP ist festzustellen, dass „die Zahl der Mitglieder schrumpft; dieser Prozeß ist seit mindestens zehn Jahren im Gang“ (Lindgren 1998: 84). Die Wahlbeteiligung ging bei den letzten Parlamentswahlen um 5,5% zurück; besonders stark war der Rückgang bei Arbeitslosen, ErstwählerInnen, Eingebürgerten und Menschen ohne Gymnasialabschluß (Johannson 1999).

Die neunziger Jahre: das Jahrzehnt der Europäisierung?

Zu Beginn der neunziger Jahre kam es in Europa vielerorts zu tiefgreifenden Veränderungen. Dieser Zeitraum dürfte auch für Schweden den Beginn einer neuen Zeitrechnung bilden. Sowohl im Bereich der Außenpolitik als auch in dem der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde eine Wende in Angriff genommen. In einigen Fällen handelt es sich ohne Zweifel um außergewöhnliche Ereignisse. Ein sozialdemokratischer Finanzminister trat nach einer Auseinandersetzung um ein Streikverbot zurück, die SAP schnürte und/oder unterstützte mehrere Krisenpakete, eine von ihr gestellte Regierung faßte nahezu stillschweigend den Beschluß, den Beitritt zur EU zu beantragen, zwei neue Parteien (Christdemokraten und Grüne) etablierten sich im Parlament, und nach den Wahlen des Jahres 1991 wurde eine Regierung gebildet, in der der (neo-)liberale Flügel des Mitte-Rechts-Parteienbündnisses dominierte. Diese brauchte bald die Unterstützung der SAP für ein weiteres Krisenpaket und sah sich auch veranlaßt, ungeachtet ihres liberalen Glaubensbekenntnisses mehrere Großbanken vor dem Bankrott zu bewahren. Schließlich und endlich kam es zum Ende der Vollbeschäftigung, einem der Markenzeichen des schwedischen Modells, und zwar sowohl in der Praxis als auch in der Programmatik der SAP.

Außenpolitische Neuorientierung

Die Neutralität Schwedens hatte einen wichtigen Bestandteil des offiziellen Selbstverständnisses gebildet – auch wenn bezweifelt werden kann, dass sie mehr als ein Mythos war (Stråth 1992: 178). Sie war auch von großer Bedeutung für die Diskussion über die europäische Integration und hatte lange Zeit einen schwedischen Beitritt zur EG ausgeschlossen, da „Neutralität“ meist nicht nur als sicherheitspolitischer Begriff verstanden wurde, sondern für den Gegensatz der wohlfahrtsstaatlichen Arrangements zu denen des übrigen Europa stand. Mitte der achtziger Jahre wurde die Diskussion heftiger; die Rechte argumentierte nun nachdrücklich, dass ein EU-Beitritt mit der Neutralität Schwedens vereinbar sei. Im Sommer des Jahres 1990 wurde deutlich, dass die Parteiführung der SAP dabei war, eine Neuorientierung vorzunehmen. Auf dem Parteitag im September 1990 lehnte der Parteivorstand einen Antrag, sich uneingeschränkt gegen die Mitgliedschaft auszusprechen, ab. Am 26. Oktober erklärte die SAP-Regierung – ohne dass eine weitere innerparteiliche Diskussion stattgefunden hätte –, dass Schweden einen Antrag auf Beitritt stellen werde.

Diese von oben beschlossene Wende kann zu einem anderen Merkmal der EG-Debatte, wie sie auf der Ebene der „Eliten“, d.h. der Mehrheit der PolitikerInnen und in den großen Tageszeitungen, geführt wurde, in Beziehung gesetzt werden. Dabei geht es um die Neuinterpretation des Begriffs „Demokra-

tie“. Diese läßt sich auf zwei Ebenen verorten. Zum einen wurde der Begriff zunehmend formalisiert: Die in den einzelnen Mitgliedstaaten geltenden Verfahrensregeln wurden als Beweis dafür angeführt, dass die EU – obschon keine Demokratie – doch demokratisch sei. Damit ließ sich die Frage nach ihrer Umgestaltung – möglicherweise in Richtung auf eine im öffentlichen Bewußtsein eher negativ besetzte bundesstaatliche Struktur – abwehren (Jacobsson 1997: 207). Zum anderen wurde jedwede Steigerung von Effizienz im Sinne der Möglichkeit, faktisch Einfluß auszuüben, mit einer Demokratisierung gleichgesetzt. Damit wurde der Unterschied zwischen den Voraussetzungen der Demokratie und ihrem Gehalt insofern eingeebnet, als die partizipatorischen Aspekte, die gerade in Schweden lange die Diskussion beherrschten, zunehmend in den Hintergrund traten. Diese Verschiebung des Blickwinkels bedeutete auch, dass „es nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll war, dass Experten eine bedeutendere Rolle in der Politik spielten, informelle – aber effiziente – Kanäle der Einflußnahme wichtiger wurden und die Partizipation durch einen Verweis auf Erfolge in Verhandlungen Einschränkungen unterworfen wurde“ (Jacobsson 1997: 295). Da in dieser Argumentationslinie der Verfahrensaspekt in den Hintergrund trat, bestand zumindest virtuell ein Widerspruch in bezug auf die Partizipation zwischen ihr und der oben referierten ersten Argumentation. Dieses Problem wurde dadurch „gelöst“, dass beide Argumentationen sehr zurückhaltend vorgetragen wurden. Im Endergebnis wurde „der Begriff der Demokratie mit liberalen Grundsätzen und im Rahmen einer liberalen Konzeption der Gesellschaft definiert“ (ebd.: 312).

After the goldrush

Fast gleichzeitig wurde ein anderes Markenzeichen der schwedischen Politik aus dem Verkehr gezogen. Wie bereits erwähnt wurde, hatten selbst die Mitte-Rechts-Koalitionen, die das Land von 1976 bis 1982 regierten, die Vollbeschäftigung als wichtigstes Ziel der Wirtschaftspolitik nicht in Frage gestellt. Im Finanzplan, den die sozialdemokratische Regierung im Oktober 1990 vorlegte, war dieser Schritt vollzogen. Der entsprechende Passus lautet wie folgt: „Mit dem Ziel, Vollbeschäftigung und Wohlstand sicherzustellen, muß im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre eindeutig die Verringerung der Inflationsrate stehen. Dieser Aufgabe ist eine höhere Priorität als anderen Zielen und Wünschen einzuräumen“ (Kask 1997: 96). Wie war es zu dieser Neuorientierung gekommen?

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass der „Dritte Weg“ (in seiner schwedischen Version der achtziger Jahre) sich für das Land als Sackgasse erwiesen hatte. In Anbetracht der fast vollständigen Hegemonie neoliberaler Konzeptionen in der Wirtschaftswissenschaft und der internationalen Rahmenbedin-

gungen ist es kaum überraschend, dass diese Entwicklung so interpretiert wurde, als habe sich Schweden der europäischen Norm anzunähern und seine Wirtschafts- und Sozialpolitik entsprechend anzupassen. Was die Wirtschaftspolitik – unter Einschluß von Finanz- und Haushaltspolitik – angeht, so müsse das wichtigste Ziel die Bekämpfung der Inflation und im Zusammenhang damit die Verringerung des staatlichen Haushaltsdefizits sein. Die fraglose Übernahme dieser Orientierung galt – und gilt – weithin als der deutlichste Ausdruck des Rechtsschwenks der Sozialdemokratie (Kask 1997: 65-74) und könnte durchaus den Ausgangspunkt einer neuen Ära bezeichnen. Auch als der Versuch der Teilnahme am Europäischen Währungssystem mit einem Fiasko endete, als die Zentralbank im November 1992 den Wechselkurs der Krone freigeben mußte, nachdem sie vorher die Zinsen aberwitzig hochgeschraubt hatte, kam es zu keiner politischen Neubesinnung. Die SAP stimmte einem Krisenpaket der Mitte-Rechts-Regierung zu und akzeptierte umfangreiche Kürzungen bei den Sozialleistungen – quasi im Tausch gegen ein Vetorecht in bezug auf Änderungen des Arbeitsrechts (Mahon 1999: 138). Die Grundzüge dieser Politik blieben auch unverändert, als die SAP 1994 wieder die Regierung übernahm und vor allem zwischen 1995 und 1997 weitere Streichungen und höhere Selbstbeteiligungen, besonders bei den „universalen“ Leistungen, beschloß. In den letzten Jahren wurden einige dieser Maßnahmen zurückgenommen; „wobei in der Regel jedoch das Anfang des Jahrzehnts erreichte Niveau nicht wieder erreicht wurde“ (Delbokslut 2000: 34). In Verbindung mit umfassenden organisatorischen Veränderungen, vor allem Verlagerungen von Aufgaben auf die Gemeinden, führte dies dazu, dass diese für eine immer größere Zahl von – bedarfsabhängig versorgten – Sozialhilfeempfängern zuständig wurden und eine entsprechende Mehrbelastung zu verkraften hatten. „Die Ausgaben für Sozialhilfe wuchsen in den neunziger Jahren auf mehr als das Doppelte“ (Mossler 1998: 4). Eine der häufig angewandten Strategien waren dann Kürzungen in „elastischeren“ Bereichen, wie der Kinderbetreuung, in der die Gruppen größer wurden – eine im übrigen in bezug auf die Schule von der einflußreichen Lindbeck-Kommission explizit vorgeschlagene Maßnahme zur Kostendämpfung (Sverenius 1999: 95).

Das neue Schweden

Für ausländische BesucherInnen, die alle zwanzig Jahre nach Schweden kommen, könnte es heute schwer sein zu glauben, dass es sich um dasselbe Land handelt. Zum einen ist ein Wandel des Freizeitverhaltens augenfällig, wie er etwa im Alkoholkonsum in Straßencafés zum Ausdruck kommt – ein Anblick, der vor den achtziger Jahren so gut wie unbekannt war. In Gesprächen würde darüber hinaus deutlich, dass es ein recht weit verbreitetes Gefühl der Scham über die jüngste Vergangenheit, vor allem die siebziger Jahre

gibt – wobei dieses Gefühl vor allem in bestimmten, nicht gerade sozial schwachen Gruppen anzutreffen ist. Schließlich könnten unsere BesucherInnen bald feststellen, dass zumindest in den großen Städten der Anblick von Menschen, die in Abfallkörben nach Eßbarem und Verwertbarem suchen, kaum noch Erstaunen hervorruft. Der Schritt zur Feststellung, wie weitreichend die Lebensbedingungen der Menschen durch Änderungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik beeinflusst wurden, wäre dann wohl nicht mehr weit. Mitte der achtziger Jahre konnte ein prominenter schwedischer Experte für den Bereich der Sozialpolitik noch erklären, dass „die Aussichten für die gesellschaftliche Wohlfahrt in Schweden recht günstig (seien)“ (Olsson 1993: 286). Inzwischen steht jedoch außer Zweifel, dass mehrere Trends Ende der achtziger bzw. Anfang der neunziger Jahre umgekehrt wurden. In erster Linie ist hier die Zunahme der Arbeitslosigkeit zu nennen. Bis 1990 standen die schwedischen Arbeitslosenzahlen in einem deutlichen Kontrast zu denen der meisten westeuropäischen Länder, in denen Sätze von 10% gängig waren. Dies änderte sich sehr schnell. Die schwedische Arbeitslosigkeit, die nach einem Höchstwert von 3,5% im Jahr 1982 bis zur Bedeutungslosigkeit abgebaut worden war, stieg bis 1996 auf 8,1%. Seither geht sie leicht zurück, wobei aber beispielsweise im März 2000 zu den 5,1% Arbeitslosen 2,6% TeilnehmerInnen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und 3% „potentielle“ Arbeitssuchende, d.h. Personen, die arbeiten könnten und möchten, aber derzeit nicht nach einer Beschäftigung suchen, sowie 4,9% „Unterbeschäftigte“ bzw. „Teilzeitarbeitslose“ in Rechnung gestellt werden müssen (SCB 2000; eigene Berechnungen). Letztere bilden den sichtbarsten Ausdruck der Zunahme sogenannter atypischer Beschäftigungsverhältnisse, zu denen auch Zeitverträge (1998: 16%) gehören, die im Gegensatz zur Unterbeschäftigung weiter zunehmen (Lindberg 1999: 205). Obwohl der Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung in den neunziger Jahren von über 80% auf derzeit 76,5% (SCB 2000) zurückgegangen ist, liegt er im internationalen Vergleich weiterhin sehr hoch. Die Abnahme der Erwerbstätigkeit betraf in den neunziger Jahren rund eine halbe Million Menschen – Jüngere, die ihre Ausbildung verlängerten oder schlicht keine Arbeit fanden, wie auch Ältere, die früher in Rente gingen. In der Altersgruppe von 60-64 war ein Rückgang von ca. 10% festzustellen (*Sverige Nytt*, 17.Januar 2000). Sowohl die Zunahme der Arbeitslosigkeit als auch die Abnahme der Erwerbstätigkeit bedeutete, dass die Zahl der weder durch Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit noch durch „universelle“ – faktisch an frühere Erwerbstätigkeit gekoppelte – Sozialleistungen versorgten Personen zugenommen hat. Sie sind häufig auf die bedarfsabhängige Sozialhilfe angewiesen.

Eine weitere Verschiebung kann in bezug auf die materielle Gleichheit festgestellt werden, die eines der Markenzeichen des schwedischen Modells darstellte – auch wenn sich dies wohl weniger einer „leidenschaftlichen Liebe zur

Gleichheit“ (Graubard) als dem Umstand verdankt, dass die „Leidenschaft für Ungleichheit in Schweden nicht sehr ausgeprägt zu sein scheint“ (Fenner 1998: 407). Während der Lebensstandard insgesamt weiterhin stieg, kam der Trend zur Angleichung schon 1984 zum Stillstand. Seitdem hat die Ungleichheit zugenommen, wobei die großen Sprünge 1991 und 1994 vor allem auf Änderungen der Steuergesetze zurückzuführen sind (SCB 1997: 128: 572; Jansson 2000: 7). Ende der neunziger Jahre kam es zu einer erneuten Beschleunigung (Delbokslut 2000: 20). Die Zahl derer, die mit finanziellen Engpässen zu kämpfen haben, nahm nach 1990 deutlich zu. „Von 1990 bis 1995 ist die Zahl der Haushalte, die Sozialhilfe bezogen, um 40% gestiegen“ (SCB 1997: 573). Der darauf folgende Rückgang ließ die Gesamtzahl wieder auf den Wert des Jahres 1993 absinken, führte aber zu keiner Besserung bei den LangzeitbezieherInnen (Delbokslut 2000: 25). Im Jahr 1997 lag die Zahl der Personen, die mindestens zehn Monate lang Sozialhilfe bezogen, dreimal so hoch wie 1990 (Mossler 1998: 4). Es gab „eine deutliche Zunahme der Unterschiede zwischen den Bessergestellten und verschiedenen marginalisierten Gruppen“ (SCB 1997: 181). Diesbezüglich ist eine Kluft zwischen verschiedenen Generationen festzustellen, die sich mit dem Motto „junge VerliererInnen – alte GewinnerInnen“ (SCB 1997: 130) zusammenfassen läßt. Besonders betroffen ist davon die Altersgruppe zwischen 20 und 30; inzwischen läßt sich aber auch bei den 31-45-jährigen eine deutliche Verschlechterung der Einkommensverhältnisse gegenüber der Gruppe derer nachweisen, die das sechzigste Lebensjahr überschritten haben (Fritzell 1999: 171f.).

Die Kürzungen bei den Ausgaben wirkten sich naturgemäß auch auf die Leistungen des öffentlichen Sektors aus.

„In Schweden ging die Zahl der Arbeitsplätze im Gesundheitswesen und den Krankenhäusern um 7% zurück, im Bereich der Betreuung von Kindern und Alten um 10%, und im Bildungswesen sowie im Verteidigungssektor nahm die Zahl zwischen 1990 und 1993 um je 4% ab... Es ist kaum vorstellbar, dass ein Arbeitsplatzabbau in dem Umfang, wie er in ... Schweden feststellbar ist, ... nicht zu einem Rückgang der öffentlich erbrachten wohlfahrtsstaatlichen Leistungen führt“ (Clayton/Pontusson 1998: 83).

Wartelisten für die Behandlung in öffentlichen Krankenhäusern sind inzwischen keine Seltenheit mehr (*Sverige Nytt*, 2. September 1999). Allerdings sah sich die Regierung wegen der „öffentlichen Reaktionen auf die harten Einschnitte ... Ende der neunziger Jahre gezwungen, ein paar Tausend der vielen vorher entlassenen Beschäftigten wieder einzustellen“ (Meidner 1999: 39). Im übrigen waren nicht alle Bereiche des öffentlichen Sektors gleichermaßen betroffen. „Die 'harten' (Bereiche, RF) retteten sich über die Krise. Dabei handelt es sich in erster Linie um zwei Bereiche: Polizei und Gefängniswesen; Verteidigung“ (Sverenius 1999: 79). Und selbstverständlich gerieten nicht alle auf die Verliererstraße. So kommen etwa seit Mitte der achtziger Jahre immer wieder sogenannte Fallschirmverträge in die Schlagzeilen. Dabei handelt es

sich um die mehr als großzügigen Abfindungen, die ausscheidenden oder auch gefeuerten Managern gewährt wurden und für viele SchwedInnen, die sich in einem Land wähnten, in dem das Streben nach mehr Gleichheit einen Teil der Identität bildete, als skandalös empfunden wurden und werden. Diese Fallschirme waren aber nur der Anfang. Im Zuge der Globalisierung, die häufig als Argument für ein Ende des schwedischen „Sonderwegs“ angeführt wurde, glichen immer mehr leitende ManagerInnen ihre Einkünfte an die ihrer ausländischen KollegInnen an. Um ein Bild von den Relationen zu geben: Bo Berggren, der Aufsichtsratsvorsitzende von Stora, erhielt 1994 über 8 Mio. Kronen. Im gleichen Zeitraum verdiente ein Arbeiter in einer von Storas Papierfabriken durchschnittlich 120.000 Kronen (Elmbrant 1997: 40) – J. P. Morgan, der als Inbegriff des US-amerikanischen Kapitalisten galt, hatte noch ein Verhältnis von 1 zu 20 für das vertretbare Maximum gehalten (Goodman 1999). Selbstverständlich hatte es auch in Schweden trotz aller Gleichheitsrhetorik immer auch Personen und Familien wie die Wallenberg-Dynastie gegeben, deren Besitz den anderer um ein Vielfaches übertraf, und auch das Streben der Besserverdienenden nach höheren Einkünften ist nicht neu (Verba 1986: 126). Heute scheinen jedoch ganz andere Relationen akzeptiert zu werden als noch vor 15 Jahren (ebd.: 130). Die Einebnung der Unterschiede hat sich ins Gegenteil verkehrt, und der Bewegung nach unten am unteren Ende der Skala steht ein steiler Anstieg im oberen Bereich gegenüber.

„Von 1990 bis 1994 haben die schwedischen TopmanagerInnen ... ihre Einkünfte verdoppelt. Im selben Zeitraum waren normale Familien am stärksten von der Krise betroffen, und normale Lohn- und GehaltsempfängerInnen mußten sich mit Lohn- bzw. Gehaltssteigerungen von 18% begnügen“ (Kask 1997: 291).

Auch der staatliche Sektor war von dieser Entwicklung betroffen. Sowohl gewählte als auch ernannte Funktionsträger, vor allem auf der lokalen und der regionalen Ebene, sowie Manager von Staatsunternehmen und halbstaatlichen Einrichtungen erlangten Gehälter oder zusätzliche Leistungen in bisher unbekannter Höhe.

Aus diesem Holz ist also die neue „Elite“ geschnitzt. Eine großangelegte Untersuchung zum Verhältnis von Macht und Demokratie gelangte Ende der achtziger Jahre zu dem Schluß, dass es in bezug auf die Einstellungen keine signifikanten Abweichungen zwischen den EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft auf der einen und dem Gros der Bevölkerung auf der anderen Seite gab (Petersson 1991: 69). Es gibt Indizien dafür, dass dies inzwischen nicht mehr der Fall ist (Elmbrant 1997: 38-9). Studien zur Einstellung gegenüber dem Wohlfahrtsstaat belegen „einen Rechtsruck auf der Ebene der Organisationen und der Medien, während die Einstellung der Bevölkerung insgesamt fast keine Veränderungen aufweist“ (Svallfors 1996: 216). Diese Entwicklung bildet wohl den entscheidenden Grund für die verbreitete Verwendung des Begriffs „Elite“ in jüngeren schwedischen Publikationen, ohne

dass bislang schlüssige theoretische Konzeptionen vorlägen. Er wird von Journalisten und Sozialwissenschaftlern verwendet, meist im Sinne einer Machtelite (ohne Militärs). In der Regel umfaßt er die EntscheidungsträgerInnen in der SAP, nicht aber die in der LO. Dies entspricht nicht nur älteren Darstellungen der Elite (Pettersson 1991: 64), sondern auch jüngeren Umfragen, in denen die SAP von vielen Befragten als „die Partei der Macht und der Oberklasse“ (Greider 1998: 92) bezeichnet wird. Zum Kontext der Elitediskussion gehören Beobachtungen wie die folgende: „In den letzten Jahrzehnten hat die Mittelklasse einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen; sie wird seither sowohl im Privat- als auch im Staatssektor von höheren Angestellten dominiert“ (Greider 1998: 50; vgl. auch Åmark 1996: 106). Auf dieser Ebene wurde in der Tat mittlerweile ein Wandel der Einstellungen dahin gehend nachgewiesen, dass „die Unterstützung der Angestellten für eine weitergehende Angleichung der Einkommen drastisch zurückgeht“ (Wallin 1999: 164); die Einstellung der befragten leitenden Angestellten war diesbezüglich weitgehend deckungsgleich mit der der Mitte-Rechts-PolitikerInnen. Ähnliche Tendenzen zeigen jüngste Umfrageergebnisse auch in bezug auf die Einstellung zum Wohlfahrtsstaat, bei denen sich die höheren Angestellten durch ein höheres Maß an Ablehnung auszeichnen als UnternehmerInnen (Svallfors 1999: 41f.). Gleichwohl bleibt der Elitenbegriff problematisch – auch wenn er geeignet scheint, wichtige Tendenzen zu benennen, birgt seine Unschärfe die in der einschlägigen Diskussion häufig benannte Gefahr, die Elite als monolithischen Block erscheinen zu lassen und somit ihre internen Auseinandersetzungen und strukturellen Veränderungen aus dem Blickfeld zu verlieren (Åmark 1996: 95). Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass die „neue Elite“ anders als die „Unterklasse“ auch international bislang kaum Beachtung in klassentheoretischen Arbeiten gefunden hat. So fehlt es weiter am theoretischem Rüstzeug für die Diskussion – ungeachtet einiger interessanter Überlegungen, die im Rahmen von Arbeiten zur Globalisierung (Altwater/Mahnkopf 1999: 357) oder zur Staatstheorie (Tsoukalas 1999: 68-71) angestellt wurden.

Was die faktisch umgesetzte Politik angeht, so deuten die vorstehend aufgeführten Indizien auf eine generelle Trendwende hin, in der viele BeobachterInnen eine Annäherung an die europäische Norm sehen. Der Vollständigkeit halber muß jedoch ein Aspekt hinzugefügt werden, bei dem Schweden weiterhin eine Sonderstellung einnimmt, und zwar der gewerkschaftliche Organisationsgrad. Die schwedischen Gewerkschaften waren hier weltweit führend: Bereits 1980 waren 79% der abhängig Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Selbst dieser Wert wurde noch gesteigert und erreichte 1995 sogar 88% (Kjellberg 1997: 20). Der Anstieg verlief jedoch nicht kontinuierlich. In manchen Jahren war ein Rückgang zu verzeichnen, und bei genauem Hinsehen zeigt sich, dass die spätere Zunahme auf wackligen Füßen steht. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist vor allem für männliche Jugendliche –

bei denen ohnehin eine recht instrumentelle Einstellung zur Arbeit verbreitet zu sein scheint (SCB 1997: 85) – sehr viel weniger eine Selbstverständlichkeit als früher. Dasselbe gilt auch für die Beschäftigten des Dienstleistungssektors, und in den männlich dominierten Kernbereichen der manuellen Arbeit zeigen Einstellungsuntersuchungen zunehmende individualistische Tendenzen (Mahon 1999: 132). Die Zahl der Gewerkschafterinnen hingegen steigt weiter, es sind 5% mehr Frauen als Männer organisiert. Eine ähnliche Entwicklung läßt sich in bezug auf die Angestellten beobachten. Heute sind im übrigen nur noch 56% der Mitglieder Gewerkschaften angeschlossen, die der LO angehören. Innerhalb dieser hat die Gewerkschaft der in Kommunen Beschäftigten schon in den siebziger Jahren die Metallgewerkschaft als Schwedens größte Gewerkschaft überflügelt (Olsson 1994: 61). Die TCO (Tjänstemännens Centralorganisation – Angestellte) organisiert 34%, die SACO (Sveriges Akademikers Centralorganisation – AkademikerInnen) 9%. Die beiden zuletzt genannten Dachverbände sind politisch ungebunden, was Annäherungstendenzen zwischen ihnen erleichtert hat, im Gegensatz zu ihren Beziehungen zur LO und zu LO-Gewerkschaften (Mahon 1999: 155).

Abschließend eine kurze Bemerkung zur derzeitigen Lage im Vergleich zu anderen Ländern. Die Zunahme der Armut und der Sozialfälle erreichte in Schweden sehr schnell ungekannte Ausmaße – sowohl nach schwedischen als auch nach skandinavischen Maßstäben. Sobald der Blick jedoch auf andere europäische OECD-Länder gerichtet wird, steht Schweden – wie auch die übrigen skandinavischen Länder – weiterhin sehr gut da. So bilden diese in bezug auf das Vorkommen von Armut – unabhängig von der verwendeten Definition – eine Klasse für sich mit Werten, die um die Hälfte unter denen für Deutschland liegen (SCB 1997: 159 ff.). Dies legt es nahe, den Begriff „Zweitrittelgesellschaft“ – selbst mit dem Adjektiv „drohende“ (Lindberg 1999: 225f.) – für Schweden nicht zu verwenden. Eher trifft es zu, dass etwa 10% der Bevölkerung in den letzten Jahren nicht in der Lage waren, ein „gutes“ Leben zu führen. Nicht viel, aber zuviel für eine Bewegung, die auszog, ein „Volksheim“ zu bauen. Eine Ausnahme bildet jedoch die Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen: In der Altersgruppe von 20-24 Jahren erreichte der Anteil der Armen mit 26% etwa das Fünffache des Durchschnittswerts von 5,5% (SCB 1997: 160), und die Arbeitslosigkeit liegt mit 8,3% (SCB 2000) deutlich über dem Durchschnitt.

Eine Strategiedebatte ohne Beteiligung der Parteiführung

Es versteht sich von selbst, dass die vorstehend beschriebene Entwicklung in der „Bewegung“ und vor allem in der SAP eine umfassende Diskussion auslöste. Eine wichtige Rolle in dieser Diskussion spielte der Begriff der „Zivilgesellschaft“. Er war bereits vor längerer Zeit innerhalb der Linken verwendet

worden, um sich von einer zu sehr staatszentrierten Strategie abzugrenzen (Arvidsson/Berntsson 1980: 283-287). In jüngerer Vergangenheit wurde dann der schwedische Wohlfahrtsstaat als Beispiel für eine aus dem Ruder gelaufene staatszentrierte Entwicklung angeführt. Die Zivilgesellschaft galt dann sowohl als Opfer dieser Entwicklung als auch als mögliches Mittel für ihre Umkehrung. Hierfür wurde in erster Linie ein Abbau der staatlichen Interventionen als erforderlich angesehen. Bisweilen wurde diese Argumentation dann noch durch den Vorbehalt ergänzt, dass keineswegs eine Regulierung durch den Markt angestrebt werde. Vielmehr solle an die Stelle des Staates die autonome Organisation der Kräfte der Zivilgesellschaft treten.

Als diese Diskussion etwa 1995 ihren Höhepunkt erreichte, war es gängig, die Vertreter der skizzierten Argumentation als „ErneuerInnen“ zu bezeichnen; ihr gemeinsamer Nenner bestand in der Überzeugung, dass sich die Welt gewandelt habe „und die Sozialdemokratie sich dieser Einsicht nicht verschließen könne“ (Ljunggren 1994: 83). Die Gegenseite wurde als „TraditionalistInnen“ etikettiert, wogegen es nicht half, dass einige ihrer VertreterInnen diese Bezeichnung ablehnten, da sie faktisch für eine Weiterentwicklung und den Ausbau des Wohlfahrtsstaates plädierten (Antman 1997: 77). Die beiden Gruppen ließen sich ohne allzu große Verzerrung zwei Polen des Dreiecks zuordnen, das Staat, Zivilgesellschaft und Markt bilden, wobei letzterer innerhalb der Sozialdemokratie keine BefürworterInnen fand. Was die tatsächlich umgesetzte Politik der SAP-Regierungen angeht, so folgte diese freilich einer anderen Logik. Wenn sie überhaupt in das skizzierte Kräftefeld einzuordnen ist, dann war sie wohl mindestens ebenso am Markt wie am Ausbau der Zivilgesellschaft oder der Stärkung des Staates orientiert. Insofern ist es kaum als Überraschung zu bezeichnen, dass die Parteiführung sich an der Diskussion praktisch nicht beteiligte. Dies war im übrigen kein Novum. Als 1993 eine keynesianische Ausrichtung in der SAP – damals Oppositionspartei – Oberwasser bekam, hielt der heutige Premierminister Göran Persson allem Anschein nach eine stärker auf Deflation ausgerichtete Politik für wünschenswert, aber „vertrat seine Auffassung in der innerparteilichen Diskussion nicht“ (Kask 1997: 144; vgl. Sverenius 1999: 307). Dass sich eine am Markt orientierte Politik durchsetzte, ohne dass sie in der Diskussion vertreten war, wird nicht zuletzt aus den Argumenten deutlich, die zu ihrer Verteidigung angeführt werden: Immer wieder wird auf die ökonomischen Zwänge verwiesen und versprochen, einen anderen Weg einzuschlagen, sobald dies möglich ist. Zwischenzeitlich war die Suche nach neuen „Modellen“ eines der Standardthemen in der Diskussion geworden. Zwei von ihnen, die recht bekannt wurden, sollen kurz beschrieben werden.

Das erste dieser Modelle wurde nach der südwestschwedischen Stadt Kalmar benannt. Dieses „Kalmarmodell“ beinhaltet im wesentlichen die Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose vor allem im Pflegebereich. Diese Beschäf-

tigten erhalten 90% des üblichen Gehalts (75% werden vom Staat getragen, 15% von der Gemeinde) und ihre Arbeitszeit beträgt ebenfalls 90% der üblichen Arbeitszeit. Diese Regelung wurde von der Gewerkschaft unter der Voraussetzung gebilligt, dass die Betroffenen zur „Qualitätsverbesserung“ eingesetzt wurden, sprich: keine ohnehin bestehenden Arbeitsplätze besetzten.

Beim zweiten dieser Modelle handelt es sich um einen Import. Die Anlehnung ans „Dänische Modell“ soll Jugendliche und Heranwachsende dadurch in Arbeit und Brot bringen, dass sie vor die Wahl gestellt wurden, entweder einen Großteil ihrer Ansprüche zu verlieren oder aber an Maßnahmen teilzunehmen, die ihnen erste Arbeitserfahrungen ermöglichen. Nun wies die schwedische Beschäftigungspolitik auch früher schon gewisse Merkmale eines „workfare“-Regimes auf – ihr Ausbau in Anlehnung an das dänische Vorbild war jedoch eindeutig ein Glied in einer Kette von Verschärfungen (Delbokslut 2000: 25), die derzeit im Gesetzesvorschlag für eine „Aktivitätsgarantie“ fortgeschrieben werden (Prop. 1999/2000: 98). Diese Garantie – wieder eine der „Verschlechterungen, die als 'Reformen' bezeichnet wird“ (Lindberg 1999: 3)? – bemüht kein Modell mehr; sondern schließt an die unter dem Stichwort „Beschäftigungsfähigkeit“ europaweit bekannte Individualisierung des Arbeitsplatzrisikos an. Entsprechend soll dann mit Sanktionen sichergestellt werden, dass die Arbeitslosen aktiv nach einem Arbeitsplatz suchen.

Die vorstehenden Bemerkungen können zwar keines der beiden Modelle vollständig beschreiben. Eines aber dürfte deutlich geworden sein: Keines von ihnen bezieht sich auf eine irgendwie geartete Vorstellung von einer wünschenswerten gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Dies war aber ein wichtiger Aspekt des schwedischen „Volkshoms“, der ihm die Konnotationen eines „guten Lebens“ verlieh und es grundlegend von dem in den letzten Jahren vielgelobten „Poldermodell“ abgrenzt, in dem der zentrale Bezugspunkt die erfolgreiche Anpassung an den Weltmarkt ist. Entsprechend hat sich denn auch Göran Persson mit der Formulierung „Politik ist, Ergebnisse zu erzielen“ (Persson, G. 1997: 22) eindeutig von Olof Palmes Motto „Politik ist, etwas zu wollen“ distanziert.

Wandel und/oder Kontinuität: Die Auswirkungen von Regierungswechseln auf die umgesetzte Politik

In den vorstehenden Abschnitten wurde argumentiert, dass die erneute Regierungsbildung durch die SAP in bezug auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik kaum einen Kurswechsel darstellte. Damit sollten aber nicht jegliche Unterschiede geleugnet werden: Einige der von der Mitte-Rechts-Regierung gefassten Beschlüsse wurden rückgängig gemacht, und einige (wenige) Reformen sozialdemokratischer Prägung wurden durchgeführt. Beispiele sind die Rücknahme der staatlichen Arbeitslosenfonds, deren Einführung gegen die Gewerkschaften gerichtet war, von denen diese Mittel bisher verwaltet wurden (und

werden), und die Einführung des „Papamonats“, der Druck auf die Männer ausübt, mindestens einen der zwölf Monate des gesetzlich gesicherten Erziehungsurlaubs zu nehmen (der zwölfte Monat kann nur vom zweiten Elternteil genommen werden). Wenn dennoch kaum von einem großen Unterschied gesprochen werden kann, so vor allem deshalb, weil die grundlegenden Prioritäten dieselben sind. Insofern ist die Feststellung, dass „die SAP nahtlos an die Politik der Vorgängerregierung anknüpfte“ (Fenner 1998: 410), in vielerlei Hinsicht stichhaltig. Dies wird von sozialdemokratischen WortführerInnen indirekt bestätigt, wenn sie erklären, dass es de facto keine Handlungsalternative gab (Lindgren 1998: 88), prägnant zusammengefaßt von I. Thalén:

„Der Unterschied ist der, dass sie (die Mitte-Rechts-Regierung, RF) die Sätze für Sozialleistungen senken, weil sie es wollen, weil sie eine andere Gesellschaft wollen. Wir tun es, weil wir müssen“ (Koch 1999: 165).

Auf der Ebene der politischen Diskurses führt diese „Einsicht“ in die wirtschaftliche Notwendigkeit zur Herausbildung eines Bereichs, der politischen Entscheidungen entzogen ist. Politik im Sinne einer Wahl zwischen Alternativen wird damit zu einer Residualgröße und die verbleibenden Differenzen zwischen den politischen Akteuren müssen rhetorisch überhöht werden (Persson, A. 1997: 181). Die Spannung zwischen dem „Reich der Freiheit“ und dem „Reich der Notwendigkeit“ stellt jedoch insbesondere sozialdemokratisch geführte Regierungen vor große Probleme: Auf der einen Seite ist es sehr schwer, wenn nicht unmöglich, von grundlegenden Zielvorstellungen wie „Gleichheit“ oder „Vollbeschäftigung“ offen Abstand zu nehmen. Auf der anderen Seite ist es offenkundig, dass die tatsächlich geführte Politik häufig im Gegensatz zu ihnen steht. Dann wird argumentiert, dass die derzeitigen Einschnitte ins wohlfahrtsstaatliche Netz die einzige Möglichkeit darstellen, das Überleben oder gar den künftigen Ausbau des Wohlfahrtsstaats zu sichern; anderweitige Vorstellungen etwa der Linkspartei, die im übrigen den meisten Sparbeschlüssen im Parlament zustimmte, werden dann als „populistisch“, sprich: unrealistisch, zurückgewiesen, obwohl sie sich mit Parteitagsbeschlüssen der SAP decken können (Sverenius 1999: 174). Als alternative Argumentationsstrategie ist bisweilen auch die Variante anzutreffen, dass traditionelle Werte und/oder Ziele neu interpretiert werden (Beispiel „Gleichheit“). Dieser – zum dritten Weg à la Giddens (1998: 117) führende – Prozeß steckt in Schweden allerdings noch in den Kinderschuhen.

Sowohl das Eingeständnis einer Neuausrichtung als auch die Neuinterpretation ist mit Risiken behaftet. Daher kann es kaum überraschen, dass ein anderer Diskurs immer stärker in den Vordergrund rückt. Vor dem Hintergrund einer in den regelmäßig durchgeführten Meinungsumfragen festgestellten abnehmenden Ablehnung von EU und WWU wird von sozialdemokratischer Seite verstärkt darauf hingewiesen, dass die europäische Dimension neue Möglichkeiten eröffnet und somit das „Reich der Freiheit“ auf Kosten des

„Reichs der Notwendigkeit“ ausdehnt. Vor dem Hintergrund der sozialdemokratischen Beteiligung an der Regierung der meisten EU-Staaten wurde argumentiert, dass „es gute Aussichten für einen Durchbruch unserer Werte (gibt)“ (Hjelm-Wallén/Lindh 1999). Damit wäre das Dilemma aufgelöst, und der Sozialdemokratie stände ein neuer Diskurs zur Verfügung, der ohne Verzicht auf den Kernbestand der sozialdemokratischen Tradition konstruiert werden könnte. Derzeit ist aber fraglich, ob dieser Weg praktikabel ist. So mag es zutreffen, dass „vor zehn Jahren die meisten Fragen auf der Ebene der EU unter dem Gesichtspunkt der Marktconformität angegangen (wurden). Heute ist die wichtigste Frage die der Arbeitsplätze“ (ebd.). Das bedeutet aber keineswegs, dass die Frage der Arbeitsplätze nicht auch in erster Linie unter dem Aspekt der Marktconformität angegangen werden könnte. Die hiermit implizit aufgeworfene Frage nach der Tragweite der derzeitigen „Transformation der Sozialdemokratie“ (Meyer) kann in diesem Rahmen nicht beantwortet werden. Bislang ist – nicht nur bezug auf Schweden – unklar, ob diese Wandlung mit der vergleichbar ist, die die einst „reformistischen“ Sozialdemokratien zu Volksparteien werden ließ. Dasselbe gilt auch für die Frage, ob sie sich in erster Linie auf eine Wandlung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückführen läßt oder eher ideologische Faktoren von Bedeutung sind. Wohin geht die Reise: hin zu einer „globalisierten Sozialdemokratie“ oder eher zu einer Politik des „Dritten Wegs“ – um eine Unterscheidung von Joel Krieger aufzugreifen, die in etwa mit den Namen Jospin und Blair illustriert werden könnte. Oder ist gar auf internationaler Ebene ein dauerhaftes Nebeneinander denkbar, weil die Unterschiede zwischen beiden so groß gar nicht sind? Diese Fragen müssen m.E. beantwortet werden; ansonsten bleibt die Behauptung, dass der „Zusammenhang zwischen der politischen Macht der Linken und einer Wirtschaftspolitik, die markt begründete Ungleichheit verringert, von der Globalisierung nicht abgeschwächt, sondern in wichtigen Aspekten sogar verstärkt wurde“ (Garrett 1998: 1), trotz aller als Beleg angeführten Daten eine Leerformel.

Europa, wir kommen?

Abschließend kann festgehalten werden, dass es verfehlt wäre, eine eindeutige Durchsetzung des Neoliberalismus in Schweden zu konstatieren. Sinnvoller ist es, zwei Perioden zu unterscheiden, in denen neoliberale Argumente und/oder Politiken deutliche Gewinne verbuchen konnten. Die erste Periode deckt die erste Hälfte der achtziger Jahre ab; sie beginnt mit der ideologischen Offensive gegen die Arbeitnehmerfonds und kulminiert in der Deregulierung des Kreditmarktes. Anschließend trat die neoliberale Offensive in den Hintergrund – dies war die Zeit, in der das schwedische Modell seinen zweiten Frühling zu erleben schien. Zum Ausdruck kam dieses Intermezzo etwa

in der zurückhaltenderen Stellung der parlamentarischen Rechten in bezug auf den Abbau des Sozialstaats (Milner 1989: 205). Es handelte sich jedoch keineswegs um einen völligen Stillstand, und Experimente mit marktorientierten Formen der öffentlichen Verwaltung – unter Einschluß der Erbringung sozialstaatlicher Leistungen – fanden weiterhin statt. Eine zweite Sturmphase läßt sich für die Zeit von 1990 bis 1997 feststellen. In diesem Zeitraum der – von der SAP unterstützten oder sogar initiierten – „Krisenpakete“ und Sozialreformen wurde die Transformation des schwedischen Modells für immer größere Teile der Bevölkerung spür- und fühlbar. Diese Phase endete 1996/97, als die SAP-Regierung erklärte, dass die Talfahrt überwunden sei und größere Mittel für den Sozialstaat ankündigte, die auch einen teilweisen Ausgleich der vorhergegangenen Kürzungen bewirkten. Nicht vergessen werden sollte schließlich, dass sich der Neoliberalismus weder auf der ideologischen Ebene noch auf der Ebene der Politik vollständig durchsetzen konnte, wie nicht zuletzt am Beispiel der LO deutlich wurde. Festzuhalten ist aber, dass die Arbeiterbewegung zumindest teilweise der neoliberalen Offensive erlegen ist. Die von SAP-Regierungen seit 1994 durchgeführte Politik unterscheidet sich nicht signifikant von derjenigen der Mitte-Rechts-Koalition der Jahre 1991 bis 1994. Schweden scheint sich auf dem Weg zu einem restriktiveren Sozialstaat zu befinden, in dem sich das Verhältnis zwischen der universellen Komponente mit ihren rechtlich verbürgten Ansprüchen und den weniger großzügigen, bedarfsabhängig gewährten Leistungen deutlich verschoben hat und „eine immer größere Zahl von Menschen in die Systeme der sozialen Sicherung umdirigiert wird, die mit einer Bedarfsprüfung arbeiten“ (Abrahamson 1995: 134). Die breite Mehrheit dürfte sich – wenn auch widerwillig – daran gewöhnen, dass ein Zehntel der Bevölkerung marginalisiert ist und die Ungleichheit bei den übrigen 90% zunimmt. Wir sind weit entfernt von der neoliberalen Utopie – aber sehr viel weniger weit von einer sozialliberalen Gesellschaft, in der die soziale Komponente zunehmend in den Hintergrund tritt und die private Erbringung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen nicht nur kein politisches Problem mehr darstellt, sondern auch zunimmt und 1997 einen Beschäftigungsanteil von 8,5% erreichte – eine Verdoppelung gegenüber 1991 (Delbokslut 2000: 180). Die Folgen dieser Entwicklung sind für einen „universellen“ Wohlfahrtsstaat insofern gravierender als für einen konservativen, als ersterer sich mit einer Absicherung aller legitimiert. Diese Legitimität wird sowohl bei dauernder Ausgrenzung bestimmter Gruppen aus den „universellen“ Leistungen als auch dann bedroht, wenn die von den Wohlfahrtsarrangements erfaßten Personen die Leistungen nicht mehr für adäquat halten (Lindberg 1999: 137). Schon „heute ist es für diejenigen, die eine relativ gute Altersversorgung und einen mäßigen Bedarf an Unterstützung haben, oft billiger, Hilfsdienste auf dem privaten Markt zu kaufen als die kommunale Altenpflege in Anspruch zu nehmen“ (Delbokslut 2000: 172). Unter diesen

Bedingungen ist es nur logisch, wenn die Bereitschaft, die für den – faktisch eben nicht mehr universellen – Wohlfahrtsstaat erforderlichen Steuern zu zahlen, abnimmt. Vor diesem Hintergrund – und wegen des weitgehenden Fehlens von Kräften, die sich dieser Entwicklung widersetzen – ist die Vermutung geäußert worden, dass es für den schwedischen Wohlfahrtsstaat keine Alternative zur „Kontinentalisierung“ (Clement) gibt. Hierzu paßt die unlängst erfolgte Einführung privater Versicherungselemente in das schwedische Rentensystem, das bisher „auf dem skandinavischen Prinzip der Finanzierung durch allgemeine Steuern beruhte“ (Kuhnle 1993: 196). Der faktische Bedeutungsverlust des Universalismus infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit weist in dieselbe Richtung. Auch Stephens (1996: 56) konstatiert eine Entwicklung „hin zu größerer 'Marktkonformität' des Transfersystems“. Er macht jedoch geltend, dass aufgrund der Machtressourcen der Träger des Wohlfahrtsstaates und der Tatsache, dass die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten so konzipiert sind, „dass sie die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen exportorientierten Industriebetriebe maximieren“ (ebd: 57), große Widerstände beim Umbau zu erwarten sind. Dieses auch von zahlreichen anderen AutorInnen vermutete große Beharrungsvermögen von Wohlfahrtsstaaten wird jedoch nicht zuletzt wegen der additiven Wirkung der oben beschriebenen Entwicklungen inzwischen verstärkt in Zweifel gezogen (Clayton/Pontusson 1998), und zwar auch von Autoren, für die dies eine Revision früherer Positionen bedeutet (Mishra 1999: 20; Fenner 1998: 382). Festzuhalten bleibt, dass die Abstände zwischen den unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Regimes abnehmen – was sich vor allem in einer Annäherung des „universellen“ (skandinavischen) Regimes an das „konservative“ zu äußern scheint.

Für die weitere Entwicklung ist es von großer Bedeutung, inwieweit sich der (neo-)liberale Diskurs sowohl auf der theoretischen als auch auf der praktisch-politischen Ebene durchgesetzt hat. Die (vermutete) Herausbildung einer „Machtelite“ mit gemeinsamen Grundeinstellungen könnte sich als äußerst folgenreich erweisen. Eine solche Elite könnte „eine Konzentration von sowohl kultureller als auch politischer Macht (verkörpern), die groß genug ist, um erforderlichenfalls alle demokratischen Mechanismen zu blockieren“ (Todd 1998: 271). Göran Therborn hat diese Konfiguration als „postdemokratischen Liberalismus“ bezeichnet (Therborn 1997: 22). Seine Argumentation deutet jedoch darauf hin, dass „Sozialliberalismus“ treffender wäre, da der Liberalismus in Reinkultur zumindest in Schweden keine Akzeptanz gewonnen hat. Die organisatorischen Ressourcen, die die Grundlage für einen spürbaren Widerstand bilden könnten, sind dort möglicherweise eher vorhanden als in anderen Ländern. Der Widerstand müßte aber von Akteuren ausgehen – und nicht zuletzt der Erfolg Wallanders deutet darauf hin, dass deren „Befindlichkeit“ eher resignativ ist. Vieles spricht dafür, dass sich dies auch in der näheren Zukunft nicht ändern wird.

Literatur

- Abrahamson, P (1995): *Regímenes europeos del bienestar y políticas sociales europeas: ¿convergencia de solidaridades?*, in: Sarasa/Moreno (Hg.), *El Estado del Bienestar en la Europa del sur*, Madrid 1995: CSIC, 113-153.
- Altwater/Mahnkopf 1999: *Grenzen der Globalisierung*, Münster.
- Åmark, K. (1988): *Sammanhållning och intressepolitik. Socialdemokratin och fackföreningsrörelsen i samarbete och på skilda vägar*, in: Misgeld/Molin/Åmark (Hg.), *Socialdemokratis samhälle*. SAP och Sverige under 100 år, Stockholm: Tiden 57-82.
- Åmark (1996): *Folket och eliterna*, in: Bengtsson/Wirtén (Hg.), *Epokskifte. En antologi om förtryckets nya ansikten*, Stockholm: Rabén Prisma 92-128.
- Antman, P (1997): *Den nya arbetarefrågan. Utsatthet och marginalisering i ett postfordistiskt Sverige*, <http://www.abc.se/m9339/bib/arbetare/arbetsf.pdf>.
- Arvidsson/Berntson (1980): *Makten, socialismen och demokratin*, Lund: Zenit
- Bäck/Möller (1992): *Partier och organisationer*, Stockholm: Publica.
- Benner (1997): *The Politics of Growth. Economic Regulation in Sweden 1930-1994*, Lund: Arkiv
- Boréus (1994): *Nyliberalism och kampen om språket i svensk offentlig debatt 1969-1989*, Stockholm: Tiden.
- Clayton/Pontusson (1998): *Welfare-State Retrenchment Revisited*, in: *World Politics* 51, October 1998:67-98.
- Delbokslut (2000): *Kommittén Valfärdsbokslut*, Delbetänkandet, SOU 2000:3.
- DN: *Dagens Nyheter* (Tageszeitung).
- Elmbrant, B. (1989): *Palme*, Stockholm: Fischer.
- (1993): *Så föll den svenska modellen*, Stockholm: Fischer.
- (1997): *Dom där uppe - dom där nere*. Stockholm: Atlas.
- Feldt, K.-O. (1991): *Alla dessa dagar*, Stockholm: Norstedts.
- Fenner, C. (1998): *Parteiensystem und Politische Kultur. Schweden in vergleichender Perspektive*, Berlin Verlag A. Spitz.
- Fritzell, J. (1999): *Changes in the Social Patterning of Living Conditions*, in: Kaukko et al. (Hg.), *Nordic Social Policy*. London and New York: Routledge 159-184.
- Gardell, J. (1998): *Så går en dag ifrån vårt liv och kommer aldrig åter*, Stockholm: Norstedt.
- Garrett, G. (1998): *Partisan Politics in the Global Economy*, Cambridge UP.
- Giddens, A. (1998): *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*, Cambridge: Polity.
- Gilljam/Holmberg (1995): *Väljarnas val*, Stockholm: Norstedts.
- Gonäs, L. (1998): *Om den svenska välfärdsstaatsens omvandling och det könsuppdelade arbetet*, in: Starrin/Svensson 1998: 49-61.
- Goodman, E. (1999): *Top Heavy on the Money Tree*, *The Guardian Weekly*, April 25.
- Greider, G. (1994): *Det levande löftet*. Stockholm: Bonniers.
- (1998): *Arbetarklassens återkomst*. Stockholm: Bonniers.
- Hjelm-Wallén/Lindh (1999): *Öka ekonomiska samarbetet i EU*, DN 02/12.
- Hugemark, A. (1994): *Den fängslade marknaden*. Lund: Arkiv.
- Israel/Hermansson (1996): *Det nya klassamhället*, Stockholm: Ordfront.
- Jansson, K. (2000): *Sverige har jämnast inkomstfördelning*, in: *Välfärdsbulletinen* 1/2000:6-8.
- Jacobsson, K. (1997): *Så gott som demokrati*, Umeå: Boréa.
- Johansson, K. (1999): *Ökad polarisering i valdeltagandet 1998*, in: *Välfärdsbulletinen* 3/1999:17-19.
- Kask, P.-J. (1997): *Vägen in i och ut ur krisen*. Stockholm: Rabén Prisma.
- Kjellberg, A. (1997): *Fackliga organisationer och medlemmar i dagens Sverige*, Lund: Arkiv.
- Koch, S. (1999): *Höger om! En svensk historia 1968-98*, Stockholm: Ordfront.
- Kuhnle, S. (1993): *Il modello scandinavo nell'era dell'integrazione europea: spinte al cambiamento interne ed esterne*, in: M. Ferrera (Hg.), *Stato sociale e mercato*. Torino: Fondazione Giovanni Agnelli, 183-202.
- Lindberg, I. (1999): *Välfärdens idéer. Globaliseringen, elitismen och välfärdsstaatsens framtid*, Stockholm: Atlas.
- Lindgren, A.-M. (1998): *Swedish Social Democracy in Transition*, in: Cuperus/Kandel (Hg.), *European Social Democracy*. Amsterdam, 83-91.
- Ljunggren, S.-B. (1994): *Ett vist mått av frihet*. Stockholm: Tiden.

- LO (1999): *Röster om facket och jobbet*. (Rapport 5 av 5), Stockholm: LO.
- Mahon, R. (1999): „Yesterday's Modern Times Are No Longer Modern“: *Swedish Unions Confront the Double Shift*, in: Martin/Ross (Hg.), *The Brave New World of European Labor*. European Trade Unions at the Millenium, New York/Oxford: Berghahn, 125-166.
- Malm, S. (1994): *13 år*, Stockholm: Brevskolan.
- Mankell, H. (1998): *Brandvägg*, Stockholm: Ordfront.
- Meidner, R. (1998): *The Rise and Fall of the Swedish Model*, Interview mit Rudolf Meidner, in: *Challenge*, Vol. 41 no. 1, 69-90.
- (1999): *Manifest för full sysselsättning*, Stockholm: Atlas.
- Milner, H. (1989): *Sweden. Social Democracy in Practice*, Oxford: OUP.
- Mishra, R. (1999): *Globalization and the Welfare State*, Cheltenham/Northampton, MA: E. Elgar.
- Mossler, K. (1998): *Allt fler har långvarigt socialbidrag*, in: *VälfärdsBulletinen* 3/1998, 4-6.
- Olsson, S. E. (1993): *Social Policy and Welfare State in Sweden*, Lund: Arkiv (2. Auflage).
- Olsson, U. (1994): *Planning in the Swedish Welfare State*, in: Clement/Mahon (Hg.), *Swedish Social Democracy. A Model in Transition*, Toronto: Canadian Scholars' Press, 45-64.
- Persson, A. (1997): *Politiken i krisshället. Studier av politikens rella och virtuella verkligheter*, Stockholm: Carlssons.
- Persson, G. (1997): *Den som är satt i skuld är inte fri*, Stockholm: Atlas.
- Peterson, G. Thage (1999): *Resan mot mars. Anteckningar och minnen*, Stockholm: Bonniers.
- Petersson, O. (1991): *Makt. En samlanfattning av maktutredningen*, Stockholm.
- Pontusson, J. (1996): *Le modèle suédois en mutation: vers le néolibéralisme ou le modèle allemand?*, in: Crouch/Streeck (Hg.), *Les capitalismes en Europe*, Paris: La Découverte, 77-96.
- Riegler/Schneider (Hg.) (1999): *Schweden im Wandel*, Berlin.
- Rosengren/Sahlén (1999): *Täck hela landet med tillväxtavtal*, DN 02/02.
- Ryner, J.M. (1998): *Neoliberal Globalization and the Crisis of Swedish Social Democracy*, Florenz: EUI Working Paper SPS No. 98/4.
- SCB (1997): *Statistiska Centralbyrån, Levnadsförhållanden. Välfärd och ojämlikhet i 20-årsperspektiv 1975-1995*, Stockholm: SCB (Rapport nr. 91).
- SCB (2000): *Statiska Centralbyrån*, Pressmeddelande Nr. 2000:085.
- Starrin/Svensson (1998): *Sverige efter välfärds krisen. Mellan hot och hopp*, Umeå: Boréa.
- Stephens, J. D. (1996): *The Scandinavian Welfare States: Achievements, Crisis, and Prospects*, in: G. Esping-Andersen (Hg.), *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*, London - Thousand Oaks - New Delhi: Sage, 32-65.
- Stråth, B. (1992): *Folkhemmet mot Europa*. Stockholm: Tiden.
- Svallfors, S. (1996): *Välfärdsstatens moraliska ekonomi*. Umeå: Boréa.
- (1999): *Mellan risk och tilltro*, Umeå: Umeå Studies in Sociology No 114.
- Svensson, T. (1996): *Novemberrevolutionen. Om rationalitet och makt i beslutet att avreglera kreditmarknaden 1985*, Ds 1996: 37.
- Sverenius, T. (1999): *Vad hände med Sveriges ekonomi efter 1970?*, SOU 1999: 150.
- Therborn, G. (1997): *The Western European Welfare State and its Hostile World*, Madrid: Instituto Juan March de Estudios e Investigaciones (Estudio/Working Paper 1997/109).
- Todd, O. (1998): *L'illusion économique*. Paris: Gallimard.
- Trautwein, H.-M. (1999): *Die kostspielige Vorwegnahme des Beitritts zur Europäischen Union: Das Beispiel der schwedischen Geld- und Währungspolitik*, in: Riegler/Schneider, 255-283
- Tsoukalas, C. (1999): *Globalisation and the Executive Committe: The Contemporary Capitalist State*, in: Panitch/Leys (Hg.), *Socialist Register 1999*, Rendlesham: Merlin, 56-75.
- Verba et al. (1986): *Elites and the Idea of Equality*, Cambridge, MA and London: Harvard UP
- von Otter, C. (1999): *Öffentlicher Sektor im Wohlfahrtsstaat*, in: Riegler/Schneider, 85-109.
- Wallin, G. et al. (1999): *Makthavare i fokus*, Stockholm: SNS.
- Wilks, S. (1996): *Class Compromise and the International Economy: The Rise and Fall of Swedish Social Democracy*, in: *Capital & Class* 58, 89-111